



Am 25. und 26.08.2011 fand in Alfeld/Leine die gemeinsame Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Justiz, ein Zusammenschluss von acht Berufsverbänden in der niedersächsischen Justiz, statt.

Die DJG war diesmal der Ausrichter dieser Veranstaltung.

Von Seiten der DJG nahmen Wolfgang Schmidt, Ute Röpnack, Helmut Leu und Karl-Heinz Eilers teil.

Justizminister Bernd Busemann und Dr. Vein nahmen am Abend des 25.08. an der Veranstaltung teil. In geselliger Runde wurden angeregte Gespräche geführt.

Am 26.08.2011 wurde die gemeinsame Sitzung der AG Justiz mit Justizminister Busemann, Staatssekretär Dr. Oehlerking und Dr. Vein durchgeführt.

Nach dem offiziellen teil der Veranstaltung mit dem stellvertretenden Landrat, dem Bürgermeister der Stadt Alfeld, dem Präsidenten des Landgerichts Hildesheim, dem Leitenden Staatsanwalt der Staatsanwaltschaft Hildesheim und der Direktorin des Amtsgericht Alfeld wurden intensive Gespräche geführt.

Wolfgang Schmidt sprach eindringlich die derzeitige höchst dramatische Situation auf der mittleren Beschäftigungsebene an. Er wies insbesondere auf die hohen Krankenstände, die "Dauervertretungen" und die fehlenden Kolleginnen und Kollegen hin. Die Pebbsyzahlen wurden von ihm in frage gestellt. Die gefühlte Belastung und die Belastung auf dem Papier weichen dramatisch voneinander ab.

Er forderte:

Kein weiterer Stellenabbau auf der mittleren Beschäftigungsebene

Erüberreichte dazu unsere Landtagseingabe:

Die DJG fordert schon seit langem, dass für alle Bediensteten in der Justiz wieder Arbeitsverhältnisse geschaffen werden, die eine qualitätsgerechte Dienstleistung für den Bürger, aber auch verantwortliche Arbeitsbedingungen für unsere Kolleginnen und Kollegen herstellt.

Es kann und darf nicht angehen, dass immer mehr Richter- und Staatsanwaltsstellen (deren Vermehrung im Übrigen begrüßt wird) geschaffen werden, durch Gegenfinanzierung im Bereich der mittleren Beschäftigungsebene.

Wer eine gute, leistungsfähige und funktionierende Justiz haben will, sollte eingesehen haben, dass mehr Geld in die dritte Gewalt investiert werden muss.

Justiz ist kein Selbstzweck. Sie dient zur Sicherung von staatlichen Interessen und des Gemeinwohls. Dies ist aber nicht umsonst zu haben.

Das ständige Arbeiten an der Leistungsgrenze führt zu vermehrten Ausfällen und dieses wieder zu mehr Vertretungen. Die Justiz befindet sich in einem nicht mehr hinzunehmenden Kreislauf, der nur durch mehr Personal aufgebrochen werden kann.

Die Hauptlast der Arbeit wird von der mittleren Beschäftigungsebene getragen. Ohne Aktenvorlage, Verfügungserledigung, Bearbeitung von Eingängen, Publikumsverkehr usw. kann kein Richter, Staatsanwalt oder Rechtspfleger die Arbeit erledigen.

Deshalb kein weiter Stellenabbau!

Justizminister Busemann erklärte nach ausgiebiger Diskussion hierzu:

Wenn die aktuelle Budgetproblematik gelöst ist, werde es keinen weiteren Stellenabbau in der mittleren Beschäftigungsebene geben.

Eine weitere Forderung der DJG war, dass die Stellenobergrenzen in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt, Fachrichtung Justiz endlich ausgeschöpft werden soll.

Hierzu erklärte der Minister, dass es 331 Beförderungsmöglichkeiten geben soll.

Es sollen 36 A9 mZ Stellen, 96 A 9 Stellen und 201 A 8 Stellen ausgebracht werden.

Wir hoffen, dass der Minister sein Wort hält und wir diese Stellen 2012 besetzen können.

Unsere weitere Forderung nach Anhebung des Eingangsamtes der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt, Fachrichtung Justiz, nach A 7 wurde allerdings zurückgewiesen.

Für den Justizwachtmeisterbereich wurde zugesagt, dass das Eingangssamt in Zukunft bei A 5 liegen soll. Auch ein weiterer Erfolg für uns, da dies schon lange eine unserer Forderungen war.

Außerdem werden zusätzlich 15 Wachtmeisterstellen geschaffen.

Wir haben einiges erreicht, aber es liegt noch viel Arbeit vor uns.

Von Seiten der anderen Fachverbände wurde die sehr gute Organisation der Veranstaltung gelobt, insbesondere der Veranstaltungsort das "Schlehberghotel" in Alfeld, der Stadt mit dem Weltkulturerbe "Faguswerk".